

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 93 (1999)
Heft: 2

Rubrik: Zeichen der Zeit : vom absehbaren Ende der CVP

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zeichen der Zeit

Vom absehbaren Ende der CVP

Wenn Bundesratswahlen anstehen, geht ein Kribbeln durch die Schweiz. Nichts scheint spannender zu sein als das Personenkarussell, das sich nach bundesrätlichen Rücktrittsankündigungen zu drehen beginnt. Diesmal sind gleich zwei Sitze zu vergeben, diejenigen der *christlichdemokratischen Bundesräte Cotti und Koller*. Nach einstweilen unbestrittener «Zauberformel» beiben diese Sitze denn auch der Christlichdemokratischen Volkspartei reserviert. Wenn es nach deren Strategen geht, soll eine werbewirksame Publizität mit zahlreichen Kandidatinnen und Kandidaten der CVP den Auftrieb verschaffen, den sie bitter nötig hat, um bei den kommenden eidgenössischen Wahlen nicht hinter die rechtspopulistische SVP zurückzufallen. Trotzdem werden die beiden nächsten CVP-Mitglieder im Bundesrat vermutlich auch die beiden letzten gewesen sein.

Die *Zahlen* sprechen für sich: Brachte es die CVP bei den Nationalratswahlen 1979 auf einen Anteil von 23,5 %, so erreichte sie 1995 mit knapp 17 % den historischen Tiefstand. Der neusten Meinungsumfrage zufolge käme die Partei heute gerade noch auf 12 %. Die Frage ist nur, ob sich diese Entwicklung mit blossen «Ereigniswahlkämpfen» aufhalten lässt. Wenn sich das eigene Elektorat halbiert, müssen die *Ursachen* tiefer liegen: Die CVP steht sich offensichtlich selbst im Wege. Sie zerfällt in so viele Fraktionen, dass sogar ein Bundesratskandidat, der jurassische Regierungspräsident *Jean-François Roth*, darüber öffentlich räsoniert. In einem Interview mit der Sonntags-Zeitung (7.2.99) erklärt er seine Partei zum Auslaufmodell, denn man könne «nicht Leute, die sich von Blochers nationalistischer Politik angezogen fühlen, zu-

sammenhalten mit Leuten, die zur modernen CVP des Jura oder Genfs gehören». Es brauche «eine neue Partei der politischen Mitte aus Teilen von FDP, CVP und SVP». Die Aussage deckt sich mit einem Strategiepapier der FDP, das für die Schweiz ein «*tripolares Parteiensystem*» vorhersagt und damit einen Begriff übernimmt, der zu *Peter Bodenmanns* Zeiten in der Zentrale der SPS geprägt wurde. Danach gäbe es in Zukunft nur noch drei Grossparteien: eine demokratische Linke, ein Zentrum und ein nationalkonservatives Lager.

Das «Auslaufmodell CVP» hat aber noch andere Ursachen als zentrifugale Parteiflügel. Parteichef Durrer erklärt, dass ausgerechnet das *C im Namen* «zur Belastung» werde (SoZ 10.1.99). Die Wählerbasis erodiert, weil eine Katholikenpartei nicht mehr gefragt ist. Und selbst das ideologische Fundament des «hohen C» ist morsch geworden, unterwandert von innen, von der nachkonziliaren politischen Theologie. Darüber sollten sich alle freuen, die der Auffassung sind, nichts sei unchristlicher als eine «christliche» Partei.

Erosion der Wählerbasis

Die CVP war stark, solange sie an *Minderheits- und Minderwertigkeitskomplexe* im katholischen Volksteil appellieren konnte. Die konfessionellen Ausnahmekartikel, die erst 1973 aufgehoben wurden, der Kampf um die öffentlichrechtliche Anerkennung der katholischen Kirche in mehrheitlich reformierten Kantonen oder alltägliche Diskriminierungen in Schule, Beruf und Armee lieferten den Kitt, der einen grossen Teil der praktizierenden Gläubigen an eine Partei band, die ihnen Gleichberechtigung und Gleichwertigkeit

versprach. Das alles ist heute kein Thema mehr. Insofern ist die CVP als Katholikenpartei das Opfer ihres Erfolgs.

Freilich, das Image einer Katholikenpartei ist die CVP auch nie mehr losgeworden. *Konfessionalismus* ist indessen politisch und gesellschaftlich wenig gefragt, heute weniger denn je zuvor. Aber auch die katholische Kirche hat aufgehört, der CVP eine breite Rekrutierungsbasis anzubieten. Vorbei ist die Zeit des Milieukatholizismus mit seinen Schulen und Internaten, mit eigenen Zeitungen, Zeitschriften und Bildungshäusern, mit Studentenverbindungen und Gewerkschaften, Frauen- und Männervereinen. Aber auch das vor Jahren noch beklagte «katholische Bildungsdefizit» ist überwunden, und mit ihm jene Dogmengläubigkeit und Kirchendisziplin, die sich fügenlos auf die Gefolgschaft gegenüber einer kirchlich sanktionierten katholischen Partei übertragen liessen. Selbst auf die «Praktizierenden» ist nicht mehr Verlass, zumal ihre Zahl immer geringer wird.

Was heute noch katholisch ist und sich links oder ökologisch positioniert, geht zur SP oder zu den Grünen. Das gilt vor allem für städtische Agglomerationen wie Zürich, wo sich die CVP vom *Neoliberalismus* nur dadurch unterscheidet, dass sie ihn auch noch für christlich hält. Konservative Katholikinnen und Katholiken fühlen sich dagegen zur SVP hingezogen. Diese lässt auch nichts unversucht, die gewerblichen und bäuerlichen Wählerschichten der CVP für sich zu gewinnen.

Die Überwindung des politischen Katholizismus

Die katholische Kirche selbst hat sich vom politischen Katholizismus losgesagt. Sie vertritt nicht mehr die Lehre, nur ein «christlicher» – sprich: «katholischer» – Staat könne das Gemeinwohl verwirklichen; denn «nur die Wahrheit» (des katholischen Glaubens) habe «ein Recht auf Dasein». Vorbei ist die Zeit, da die kirchliche Soziallehre die Gläubigen auf eine sog. christliche Politik verpflichtete und ihnen dazu so etwas wie ein parteipolitisches

Grundsatzprogramm lieferte, das der Abgrenzung gegenüber dem Liberalismus und dem Sozialismus diene, aber auch ständestaatlichen Ideologien Vorschub leistete.

Das Zweite Vatikanische Konzil hat mit zweihundertjähriger Verspätung endlich die *Menschenrechte* anerkannt. In seiner Erklärung über die Religionsfreiheit von 1965 steht nicht die «Wahrheit» im Zentrum, sondern der Mensch, der nur in Freiheit nach Wahrheit suchen kann. Der Staat soll nicht mehr Glaubensstaat sein, sondern sich auf das «zeitliche Gemeinwohl» beschränken. Was «spezifisch christlich» ist wie der Glaube, gehört nicht in die Politik. Und was in die Politik gehört wie die Humanität, kann nicht «spezifisch christlich» sein. Staat und Politik werden in ihrer «Autonomie» und «Weltlichkeit» anerkannt. Sie haben für alle dazusein, sind daher einer religiösen und weltanschaulichen Neutralität verpflichtet. Menschen müssen auch nicht an Gott glauben, um die «hohen Güter der Humanität» pflegen zu können, heisst es in der Konzilskonstitution «*Gaudium et spes*». Was zählt, sind die «weltlichen» Grundwerte, die allen Menschen gemeinsam sind und daher auch alle Menschen verbinden. Bei einer solchen Theologie, die der Weltlichkeit der Welt nicht länger misstraut, fehlt schlicht und einfach die Legitimation für eine «christliche» Partei. Kommt hinzu, dass die Konzilskirche den *parteipolitischen Pluralismus* unter Christinnen und Christen als demokratische Selbstverständlichkeit betrachtet.

Nicht so klar wird diese Trennlinie zwischen Glauben und Politik im Bereich der «*öffentlichen Moral*» durchgehalten. «Rom» interveniert nach wie vor in die Politik, wenn es um Fragen der Abtreibung, ja schon der Empfängnisverhütung oder der Sexualerziehung geht. Das Konzil hatte die Gewissensfreiheit leider nur im religiösen Bereich und nicht auch im Bereich des sittlichen Verhaltens anerkannt. Dieser Widerspruch wird in der Schweiz vor allem in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs spürbar, da sich die Bischöfe hier wie anderswo gegen eine Liberalisierung aus-

sprechen (müssen?). Die CVP hatte den Mut, das Tabu zu brechen und sich für eine Fristenregelung (wenn auch mit Beratungspflicht) auszusprechen. Die «historisch» zu nennende Delegiertenversammlung vom 23. August 1997 stimmte mit einer Zweidrittelmehrheit diesem Antrag der CVP-Frauen zu.

So ist im Verhältnis von katholischer Kirche und christlicher Partei ein *wechselseitiger Emanzipationsprozess* zum Abschluss gekommen: Die Kirche legitimiert nicht mehr das «hohe C» durch einen religiösen Wahrheitsanspruch gegenüber der Politik, und die Partei leiht der Kirche nicht mehr den «weltlichen Arm», wenn es um die Durchsetzung der «sittlichen Ordnung» geht. In Fragen der Staatsreligion hat die Kirche das Konstantinische Zeitalter beendet, in Fragen der öffentlichen Sittlichkeit hat sich die Partei aus der kirchlichen Bevormundung befreit. Beide Entwicklungen bedeuten das Ende des politischen Katholizismus und damit das Ende einer christlichen Partei im katholischen Verständnis.

Ein Gewinn für die Demokratie

Dieses Ende ist aus der Sicht der säkularen Demokratie zu begrüßen. Die nachkonziliare CVP anerkannte zwar, dass es auch in andern Parteien «gute Christen» gebe. Darauf folgte jedoch stets das grosse ABER: «Aber Garantie, dass Partei und Fraktion ihre ganze Politik aus einem christlichen Verständnis des Menschen gestalten, gibt Ihnen nur die CVP.» So sagte es zum Beispiel noch der heute abtretende Bundesrat Koller am Wahlparteitag 1983 der CVP. Die Konsequenz solchen Denkens war ein *Totalitätsanspruch* auf eine «christliche» Politik, ja darüber hinaus ein Totalitätsanspruch auf die Politik überhaupt, die sich ja dem «christlichen» Menschenbild unterordnen musste.

Dieser kaum verhüllte *Triumphalismus* meinte, über eine absolute Wahrheit zu verfügen, die auf immer den «nur» humanen Grundwerten laizistischer Parteien, wie SP oder FDP, überlegen wäre. Damit setzte der politische Katholizismus sich auch in

Widerspruch zum Geist der Demokratie: Wahlen wurden nicht mehr durch Personen und Programme entschieden, sondern durch die Bindung an eine sog. christliche Weltanschauung. Massgebend waren nicht politische Ziele und Leistungsausweise, sondern «letzte» Wahrheiten, die, weil nicht abstimmbar, sich der demokratischen Auseinandersetzung entziehen mussten. Wer einen religiösen Absolutheitsanspruch auf die Politik überträgt, wird fundamentalistisch und undemokratisch, ja totalitär.

Dass diese Ideologie nicht mehr funktioniert, ist eine grosse Befreiung, nicht nur für die durch «christliche» Politik manipulierten und entfremdeten Menschen, sondern für die Demokratie insgesamt. Politik wird nicht mehr mit religiösem Anspruch betrieben, sondern mit dem Anspruch auf den je besseren Entwurf einer menschlichen Gesellschaft, auf die soziale Gerechtigkeit, auf das Gemeinwohl. Politik unterwirft sich nicht mehr einer Kirche, sondern dem Massstab rational überprüfbarer *Menschlichkeit*. Es ehrt die CVP, wenn sie ihre Zelte abbricht, die ideologische Position des «hohen C» aufgibt und ihre Parteiflügel nach Wahlverwandtschaften in andern Parteien suchen lässt. Es bleibt einer CVP auf der Suche nach einem neuen «Zentrum» vermutlich auch nichts anderes übrig, als diese Flügel ziehen zu lassen, nicht nur zur SVP, sondern auch zur SP – die aber im Gegensatz zur SVP auf diese Option nicht vorbereitet ist und sich damit vermutlich eine historische Chance entgehen lässt.